

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Gottfried Bombach

Lohnhöhe und Beschäftigung

11. Jg./1978

**3**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,  
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de); (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de); (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de); Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Lohnhöhe und Beschäftigung

Gottfried Bombach

Der Verfasser untersucht, ob bestimmte Entwicklungen in der Schweiz während der Krise und bedingt durch die starke Aufwertung des Frankens Anschauungsmaterial für die Beantwortung kontroverser Fragen in der Bundesrepublik bieten. Nur kurz behandelt werden folgende Strategien der Beschäftigungspolitik: Arbeitszeitverkürzung, Wachstumsbeschleunigung, keynesianische Nachfragebelebung, Arbeitsplatzsubventionen und Staat als „employer of the last resort“.

Gewichtige Bedenken werden gegen die Politik der Wachstumsbeschleunigung vorgebracht, weil der langfristige Zusammenhang zwischen realer Zuwachsrates und Arbeitsnachfrage unsicher ist und zugleich effiziente Strategien der Wachstumspolitik zu wenig bekannt sind. Danach werden die Argumente gegen die Nachfragebelebung überprüft. Zu den bekannten Folgen von „Lohn- und Gewinnexplosionen“ ist es in der Schweiz nicht gekommen, weil der Teuerungsausgleich nur ex post gewährt wird und somit keine Notwendigkeit besteht, antizipierte Inflationsraten in Tarifverträge einzubauen.

Die neoklassische Argumentation wird einer Kritik unterzogen und vor allem ihr statischer, d. h. das Zeitmoment ignorierender Charakter herausgestellt. Dabei wird zwischen Partial- und Globalbetrachtungen unterschieden, und es werden die Modifikationen aufgezeigt, die in offenen Volkswirtschaften bei flexiblen Wechselkursen anzubringen sind. Die wohl zu wenig genutzte Stärke der neoklassischen Betrachtung liegt in der Möglichkeit, die Auswirkungen der Lohnstruktur, vor allem von Inflexibilitäten der relativen Löhne, auf die Beschäftigung in den Griff zu bekommen. Die bestehende Tendenz zur Lohnnivellierung ist in den letzten Jahren mehr im Zeichen des Konflikts zwischen Egalität und Effizienz gesehen worden. Dabei darf der mögliche Konflikt zwischen Egalität und hoher Beschäftigung nicht übersehen werden. Egalität, Effizienz, Vollbeschäftigung, so könnte ein neues „Magisches Dreieck“ lauten. Mehr Egalität heute könnte weniger Wohlstand in der Zukunft bedeuten.

## Gliederung

1. Einleitung
2. Die nicht behandelten Strategien
3. Beschäftigung durch Wachstumsbeschleunigung
4. Neue Arbeitsplätze durch Nachfragebelebung
5. Restliche Strategien
6. Die neue Welt flexibler Wechselkurse
7. Zur neoklassischen Argumentation
8. Schlußbemerkungen

## 1. Einleitung

Dem Wunsche des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, einen Beitrag zu dem geplanten Schwerpunktheft „Lohn und Beschäftigung“ zu schreiben, komme ich

- 1) Lage und Probleme der Schweizerischen Wirtschaft, 1977/78. Bericht der Expertengruppe „Wirtschaftslage“. Band I (Gutachten) und Band II (Statistische Grundlagen), Bern 1977. Dieser Versuch eines „Sachverständigenrates“ stützt sich nicht auf ein Gesetz, sondern wird im Auftrage des Volkswirtschaftsdepartements und der Schweizerischen Nationalbank zunächst als Experiment durchgeführt. Dies gilt auch für das zweite, jetzt in Vorbereitung befindliche Gutachten, für das einige Sonderaufgaben gestellt wurden.
- 2) Mertens, D. Lohntarif und Arbeitslosigkeit. Plädoyer für eine Denkpause, Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung, 24. Jg. (1978), Heft 2, S. 71—97.
- 3) Man sollte es gelassen hinnehmen, wenn die Interessengruppen auch weiterhin mit jenen „Theorien“ argumentieren, die für ihr Anliegen jeweils am besten passen, also die Arbeitgeber mit dem Kosten- und die Gewerkschaften mit dem Nachfrageeffekt des Lohnes. Schlimm wird es erst, wenn sich die Wissenschaft mit ungesicherten oder gar offensichtlich unhaltbaren Theorien zum Advokaten einer Partei macht. Eine spezifisch deutsche Unsitte scheinen dabei die bekannten „Resolutionen“ zu sein. Es würde interessieren, auf welchem Wege so rasch hundert und mehr Unterschriften zustande kommen, weil jeder im Fache weiß, daß sich ein Großteil der Unterzeichner zuvor niemals intensiv mit dem betreffenden Problem befaßt hat. Gehen die Unterzeichner davon aus, daß die Allgemeinheit noch immer glaubt, ein Professor wisse eben alles? Mich erinnert ein solches Unternehmen an Anzengrubers Komödie „Die Kreuzschreiber“: Analphabeten unterzeichnen eine Petition mit drei Kreuzen.

nur zögernd nach, weil ich, überlastet durch die Mitgliedschaft in der schweizerischen Expertengruppe „Wirtschaftslage“, die grundsätzlichen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland nur am Rande verfolgen konnte und mich auf empirischer Seite überwiegend mit der doch sehr verschiedenartigen Situation in der Schweiz befaßt habe.<sup>1)</sup> Ich wage den Versuch, um

- insbesondere eine empirische Versuchsstudie einzuführen, die im Basler Institut für angewandte Wirtschaftsforschung entstanden ist (vgl. dazu den Beitrag von Ch. Koellreuter in diesem Heft),
- die Frage aufzuwerfen, ob die Entwicklung in der Schweiz Anschauungsmaterial für die Beantwortung kontroverser Fragen in der Bundesrepublik bietet, weil in der Schweiz die Rückwirkungen nationaler Kostenentwicklungen über die Wechselkurse auf den Außenhandel noch erheblich größeres Gewicht haben,
- um durch meine Beteiligung zum Ausdruck zu bringen, daß ich das Unbehagen von D. Mertens über den heutigen Stand der theoretischen Auseinandersetzungen voll teile.<sup>2)</sup> Die Verwirrung ist in der Tat perfekt, und die Gefahr, daß Glaubenskriege an die Stelle wissenschaftlicher Auseinandersetzungen treten (Mertens, S. 96), zeichnet sich bereits deutlich ab.<sup>3)</sup>

Wenn ein ökonometrisches Modell für die Bundesrepublik in der Schweiz erstellt wird, so sind die Gründe die gleichen, die einst dazu führten, daß eines der ersten Modelle für die Bundesrepublik in Holland erstand. Die Bundesrepublik ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Exportprognosen hängen an der Wirtschaftsentwicklung bei den Haupthandelspartnern. Nun zwingt allerdings die Arbeit an ökonometrischen Modellen für mehrere große Exportländer zur Beschränkung. Wir trösten uns dabei mit der Erfahrung, daß relativ einfach strukturierte Systeme nicht notwendigerweise schlechtere Resultate liefern müssen.

Meine Ausführungen stützen sich insbesondere auch auf die Teilnahme an einer internationalen Experten-Konferenz der OECD im Frühjahr 1977 als Diskussionsleiter.<sup>4)</sup> Die gleiche Funktion beim „Bergedorfer Gesprächskreis“ im Juni dieses Jahres brachte, abgesehen von den aufschlußreichen Referaten, wenig Erleuchtung, höchstens insofern, als daß die totale Verwirrung bereits im Hinblick auf die eigentlichen Ziele offenkundig wurde.

Die relativ abgegriffene Formulierung des Themas zu diesem Beitrag deckt sich mit einem Seminar, daß E. Schneider vor genau 30 Jahren in Kiel abhielt. Anhand eines Modelles von J. Meade machten wir damals erste Gehversuche mit dem Kreislaufansatz, lernten, daß der Lohn nicht nur Kosten-, sondern zugleich Nachfragefaktor ist, und wir erfaßten die engen Grenzen der Partialanalyse, lebten von da an mit dem strikten Verbot, gesamtwirtschaftlich entlang eines fix vorgegebenen Kurvenschemas zu argumentieren. Wir kamen schließlich zu dem Ergebnis, daß die Auswirkungen von Lohnsatzänderungen auf die Beschäftigung höchst ungewiß sind und von der Konstellation zahlreicher Parameter und Lag-Strukturen abhängen. Was uns damals als sehr kompliziert vorkam, scheint für manche heute höchst einfach zu liegen, längst vor Keynes bekannt und durch diesen nur verdunkelt. Ist die Welt wirklich so einfach?

Mit der Einleitung sei noch eine ganz wesentliche Asymmetrie betont. Man kann die Frage stellen, ob eine Zurückhaltung an der Lohnfront oder gar *Lohnsenkungen* die Nachfrage nach Arbeit zu steigern vermögen. Wird dies verneint, so darf daraus noch *nicht* geschlossen werden, daß *Lohnerhöhungen* somit das richtige Rezept seien, im Extrem: je kräftiger der Lohnanstieg, desto höher die Nachfrage nach Arbeit. Es ist in unserer Wissenschaft merkwürdig, daß sehr oft, wenn ein Zusammenhang zwischen zwei Größen bzw. Entwicklungen vermutet wird, automatisch auch auf einen *monotonen Zusammenhang* geschlossen wird, während wir sonst unsere Aufgabe überwiegend darin sehen, ein *Optimum* zu bestimmen. Wohl bekanntestes Beispiel ist der Zusammenhang zwischen Wachstum und Inflation.

## 2. Die nicht behandelten Strategien

Hier steht in erster Linie die Frage zur Diskussion, ob von generell zurückhaltender Lohnpolitik positive Beschäftigungseffekte zu erwarten sind, und zwar für ein Land mit gewichtigem Außenhandelsanteil und unter flexiblen Wechselkursen. Später werden allerdings auch Fragen der Lohnstruktur zur Sprache kommen. Die Kontroversen bei der OECD-Konferenz gingen natürlich auch um alle anderen, wesentlichen Strategien der Beschäftigungspolitik, von denen manche allerdings nicht so einfach von der Lohnpolitik zu trennen sind.

4) Structural determinants of employment and unemployment, Vol. I, OECD, Paris 1977 (im Folgenden kurz als „OECD-Konferenz“ zitiert). Bedauerlicherweise sind bislang nur die Zusammenfassungen der einzelnen Sitzungen und einige die USA betreffenden Papers erschienen. Die Veröffentlichung der eigentlichen, für unser Thema z. T. sehr interessanten Tagungsbeiträge steht, obgleich schnellstmögliche Publikation versprochen wurde, noch immer aus.

5) Klaunder, W., Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Konsequenzen der demographischen Entwicklung, in: Konsequenzen des Geburtenrückgangs für ausgewählte Politikbereiche, Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 58 (1978). Dazu eine sehr persönliche Bemerkung, nicht als Einmischung eines „Ausländers“ in deutsche Familienpolitik zu verstehen. Ein ausgedehnter, gut bezahlter Schwangerschaftsurlaub kann dem besorgniserregenden demografischen Trend Einhalt gebieten und gleichzeitig den Arbeitsmarkt entlasten. Nicht jede Maßnahme ist deshalb von vornherein schlecht, weil sie in den sogenannten sozialistischen Ländern mit Erfolg praktiziert wird. Monetäre Anreize verfangen offenbar nur bei den Gastarbeiterfamilien.

Dies gilt allem voran für die Forderung nach *Arbeitszeitverkürzung*, oder genereller: der Gleichverteilung der Arbeitslosigkeit. Der Generalsekretär der OECD meldete bereits in seiner Eröffnungsansprache Zweifel an, ob die Arbeitnehmer wirklich bereit sein würden, Realeinkommenseinbußen hinzunehmen. Die großen strukturellen Schwierigkeiten einer Umverteilung der Arbeitslosigkeit sind allerwärts sehr gründlich durchleuchtet worden. Überdies kennen wir nur sehr ungenügend die Präferenzen der Arbeiter, also den trade-off zwischen gesteigerter Güterversorgung und Freizeit. Von mehreren Seiten wurde darauf hingewiesen, daß mit abnehmender Arbeitszeit pari passu auch die Schwarzarbeit zugenommen hat. Eine schweizerische Initiative zur Einführung der 40-Stunden-Woche wurde im Dezember 1976 ganz massiv verworfen. Daraus kann allerdings nur sehr bedingt auf die wahren Präferenzen geschlossen werden, weil der Vorstoß von extrem linker Seite kam und selbst die schweizerischen Gewerkschaften Stimmfreigabe beschlossen hatten. Die Tendenz in Paris war wohl doch, daß es bei einem allmählichen Abbau der Arbeitszeit in den historischen Bahnen bleiben sollte.

Der Wissenschaftler steht, wenn er eine Empfehlung zu dieser heute in der Bundesrepublik ernsthaft diskutierten Strategie abgeben soll – und für die Schweiz gilt dies wegen des nach außen dicht abgeschlossenen Arbeitsmarktes noch verstärkt – vor einem Dilemma, weil er über die kurzfristigen Anspannungen, über den üblichen Planungshorizont des Politikers, der an die nächste Wahl denkt, hinausblicken muß. Das starke Angebot auf dem Arbeitsmarkt wird bis in die 90er Jahre dauern. Wegen des Geburtenschwundes kehrt sich die Situation dann radikal um. Niemand vermag vorzuberechnen, ob dann nicht Arbeitskraft plötzlich sehr knapp sein könnte.<sup>5)</sup> Wegen dieser Unsicherheit sollten möglichst keine Einbahnstraßen betreten werden, weder bei der Arbeitszeit noch der Herabsetzung des Pensionsalters. Angesichts dieser demografischen Wellen ist deshalb Mertens (S. 89) zuzustimmen, wenn er auf die Schwierigkeit hinweist, stetiges Wachstum und permanente Vollbeschäftigung vereinbar zu machen.

## 3. Beschäftigung durch Wachstumsbeschleunigung

Die Prognose, daß mit der ersten eigentlichen Krise der allgemeine Wachstumsverdruss, ausgelöst durch die Alarmrufe des Club of Rome, rasch umschlagen werde in die Sehnsucht nach einem neuen Wachstumsschub, habe ich seinerzeit selbst mehrfach gestellt. So ist es denn auch gekommen, und verblieben ist eine eher kleine Schar von Sektierern, die am Nullwachstum festhalten, vermutlich überwiegend jene, die von der Krise nicht betroffen wurden oder durch sinkende Inflationsraten – in der Schweiz ein höchst gewichtiges Argument – sogar von ihr profitieren. Mit dem Wunsch nach Wachstum und der Proklamation von Wachstumszielen ist es allein jedoch nicht getan, und so ist es nicht verwunderlich, wenn an dieser Strategie zunehmend gezweifelt wird. Die ständige Adjustierung angestrebter Wachstumsraten in Abwärtsrichtung national und international hat den Glauben ziemlich erschüttert.

Würde das Verlangen nach hohen realen Wachstumsraten einzig und allein durch das Vollbeschäftigungsziel begründet, so müßte man am Sinn zweifeln. Sollen Menschen Güter produzieren, die sie gar nicht mehr haben wollen, nur damit sie beschäftigt sind? Würde die Markt-

Wirtschaft unter diesem Zwang stehen, dann könnte man die Funktionsfähigkeit des Systems in Frage stellen. Auch ist dem Club of Rome zuzustimmen, wenn er sich gegen ein Wachstum in den alten Bahnen, d. h. unter bedenkenloser Verschwendung begrenzt vorhandener Rohstoffe, endet. Wir würden späteren Generationen die Entfaltungsmöglichkeiten entziehen.

Aber die Zieldiskussion soll hier nicht geführt werden. Es geht nur um die Praktikabilität. Zwei Dinge sind an der Wachstumsstrategie zu bezweifeln. Erstens ist dies der Zusammenhang zwischen der Wachstumsrate und der Nachfrage nach Arbeitskraft, überwiegend abgeleitet aus historischen Produktivitätstrends. Die Extrapolation von Trends aus der Wachstumsepoche, in der Arbeitskraft ständig extrem knapp war, in künftige Epochen mit (auf mittlere Sicht) reichlichem Arbeitsangebot ist problematisch. Wir negieren damit die Adaptionfähigkeit des Systems, die gewiß größer ist, als man im Augenblick vermutet. Beobachtungen für die USA, wo bei nicht besonders kräftigem Wachstum die Arbeitslosigkeit substantiell zurückgegangen ist, könnten einen Anhalt geben. Adaption an flachere Produktivitätstrends bedeutet ja nicht notwendigerweise Rückkehr zu einfacheren Technologien, sondern kann durch eine veränderte sektorale Wirtschaftsstruktur erreicht werden.

Temporär spielt ein weiteres Argument eine gewichtige Rolle. Jede Krise führt zu einem Rückgang der statistischen Arbeitsproduktivität, weil die Unternehmer die Beschäftigung kurzfristig nicht an das gesunkene Output-Niveau anpassen können bzw. – in der Hoffnung auf einen baldigen, neuen Aufschwung – nicht anpassen wollen. Das sogenannte OKUN'sche Gesetz beschreibt diesen Effekt. Der Wiederaufschwung führt zur Mobilisierung brachliegender Arbeitskraft, und meist steigt dann die Arbeitsproduktivität während zweier Jahre weit überdurchschnittlich. Ich stelle aus der Ferne die Frage, ob das, was die deutschen Gewerkschaften heute das „Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen während der Krise“ nennen, nicht zu einem gewichtigen Teil diesem Effekt zuzuschreiben ist. Auch in der Schweiz übrigens nahm die statistische Arbeitsproduktivität genau zu jenem Zeitpunkt sogar absolut ab (minus 2 % im Jahre 1975), als die Unternehmer zunehmenden Arbeitseifer registrierten. Borchardt ist bei der Analyse der Wandlungen im Konjunkturgeschehen zu der bedeutsamen Feststellung gekommen, daß die relative Stabilisierung der Beschäftigung, die die Personalausgaben in gewissem Ausmaße in Fixkosten verwandelte, zu einer Destabilisierung der Finanzmärkte geführt hat.<sup>6)</sup>

Noch entscheidender dürfte der zweite Zweifel an der Wachstumsstrategie sein: was nützen Wachstumsziele, wenn wir nicht wissen, wie Wachstum „gemacht“ wird. Mir scheint, daß wir nach drei Jahrzehnten moderner Wachstumstheorie noch ziemlich wenig davon wissen und bereits Mühe haben, vergangene Wachstumswunder zu deuten. Wie Beschäftigung geschaffen wird, ist zumindest viel besser bekannt, und man kann Arbeitsplätze schaffen, ohne das Wachstum wesentlich zu beschleunigen. Abstrakt ausgedrückt: man kann Investitionen mit sehr hohem Kapitalkoeffizienten durchführen. Dies leitet unmittelbar über zur nächsten Strategie.

6) Borchardt, K., Wandlungen des Konjunkturphänomens in den letzten hundert Jahren. Bayerische Akademie der Wissenschaften, München 1967.

7) Stagnation als Schicksal?, in: Wachstum und Konjunktur unter veränderten Bedingungen. Gespräche der List Gesellschaft, N. F. Bd. 2, Baden-Baden 1976.

#### 4. Neue Arbeitsplätze durch Nachfragebelebung

Die keynesianische Strategie ist anlässlich der OECD-Konferenz in extenso diskutiert worden. Daß dabei wenig monetaristische Kritik vorgebracht wurde, mag an der zufälligen Zusammensetzung der Teilnehmer gelegen haben. Der Staat kann entweder unmittelbar als Nachfrager auftreten oder die private Nachfrage durch fiskale Signale anregen. Die Haupteinwände sind bekannt:

- ständig steigender Staatsanteil, falls die erste Alternative gewählt wird,
- Sättigungserscheinungen im privaten Bereich, die wenig Chancen für die zweite Alternative lassen,
- nur kurzfristige Erfolge seien erreichbar (Argument des „Strohfeuers“),
- erneute Beschleunigung der Inflation.

Persönlich akzeptiere ich Einwand (1) und gebe der zweiten Alternative eindeutig den Vorzug. Daß ich den Sättigungspessimismus nicht teile, habe ich an anderer Stelle zum Ausdruck gebracht.<sup>7)</sup> Ich argumentierte mit der heute noch sehr ungleichmäßigen Einkommensverteilung, der Vergreisung des Kapitalapparates seit schon geraumer Zeit und den großen Chancen bei der Entwicklung neuer Energiequellen und bei der Rohstoffsubstitution. Meine Schlußfolgerung lautete, daß nicht nur sehr bedeutende Investitionsmöglichkeiten bestehen, sondern wir wegen der demografischen Drohung die „fetten“ Jahre zu nutzen verpflichtet sind. Die Investitionen werden Beschäftigung schaffen; ob auch mehr Wachstum, wird man erst nachher wissen. Aus der Sicht der Vermehrung des Wohlstands ist dies nicht zuletzt eine Frage des Maßstabes.

Die Frage der Dauerhaftigkeit hängt von der Art der Projekte ab. Es ist wiederum mein persönliches Werturteil, beeinflusst durch die Situation in der Schweiz, daß ein guter Teil der in der unmittelbaren Nachkriegszeit erstellten Wohnungen neu gebaut werden könnte, verbunden mit einer Sanierung der Städte. Jedes Wohnbauprogramm hat große Ausstrahlungskraft auf die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern. Das „Strohfeuer“ könnte gut ein Jahrzehnt brennen. Die Schweiz besitzt diese Manövriermasse nicht mehr, weil ein in der Geschichte einmaliger Bauboom, der schon vor der eigentlichen Krise zusammenbrach und die Bauwirtschaft auf ein Drittel schrumpfen ließ, zu einem Überangebot an Wohnungen und zur starken Verjüngung des Bestandes führte.

Zur berechtigten Sorge der Inflationsbeschleunigung seien zwei Anmerkungen gemacht, eine unter Rückgriff auf Erfahrungen in der Schweiz, die ja das „Stabilitätswunder“ einer Nullinflation vollbracht hat. Jeder neue Aufschwung, bislang stets ausgelöst durch einen Exportboom, hat in der Bundesrepublik zu einem Gewinn/Lohn-Zyklus geführt der schließlich die Inflation beschleunigte und zu erneuten restriktiven Maßnahmen zwang. Die Depression brachte dann längerfristige, mäßige Lohnabschlüsse. Mit dem Aufschwung stieg — wie oben beschrieben — die Arbeitsproduktivität, mit der Produktivität die Gewinne, und die Gewerkschaften meldeten „lohnpolitischen Nachholbedarf“ an, für den es dann längst zu spät war. Die Gewinne hatten sich in neues Realkapital verwandelt und die Vermögenskonzentration verstärkt. Die Schwierigkeit besteht darin, daß bei den Lohnverhandlungen in Deutschland *künftige Inflationsraten antizipiert* werden müssen, wenn die Arbeitnehmer-

seite nicht in einen Verteilungsnachteil gelangen will. Ist aber antizipierte Inflation erst einmal in die Tarifverträge eingegangen, dann muß sie auch kommen. Carl-Christian von Weizsäcker verglich bei der OECD-Konferenz die Position der Partner bei den Lohnauseinandersetzungen mit dem Gefangenendilemma der Theorie der strategischen Spiele.

Genau dieses Problem stellt sich nicht in der Schweiz, weil hier der *Teuerungsausgleich ex post* ausbezahlt wird. Es wird also nur jene Inflation kompensiert, die tatsächlich stattgefunden hat. Die eigentlichen Lohnverhandlungen gehen um *Reallohnerhöhungen*, und dabei wird abgestellt auf den Produktivitätsanstieg, die Gewinnsituation der Unternehmen der betreffenden Branche und die Absatzchancen, ohne daß es feste Formeln gäbe. Eine Ausnahme hat in gewissen Perioden nur die öffentliche Hand gespielt, wo starke Reallohnerhöhungen durchgesetzt werden konnten, ohne daß der Arbeitsplatz der öffentlich Bediensteten gefährdet gewesen wäre. Ansonsten erkennt der schweizer Arbeiter, natürlich als Folge des hohen Exportanteils, den Zusammenhang zwischen Lohnforderungen und Arbeitsplatz recht gut.<sup>8)</sup> Daß der gesetzlich garantierte Teuerungsausgleich inflatorische Gefahren dann birgt, wenn die Arbeitsproduktivität abnimmt und/oder die terms of trade sich verschlechtern, zeigen die Beispiele einiger Nachbarländer. In der Schweiz jedoch hat die jetzige, nicht gesetzlich fixierte Situation, in der man sich aber ziemlich sicher auf den Schutz gegen die Inflation verlassen kann und in der einige Branchen, die in Schwierigkeiten gerieten, temporär auf den Ausgleich verzichteten, zur Beibehaltung des Sozialfriedens seit 1938 (!) geführt und die unglückseligen Gewinn/Lohn-Zyklen vermeiden helfen. In der Bundesrepublik hat sich insbesondere auch H. Giersch für den *nachträglichen Teuerungsausgleich* eingesetzt.

An dieser Stelle sei ein Verdacht angemeldet. Wenn heute mit neoklassischen Argumenten für Maßhalten bei Lohnforderungen plädiert wird: benutzt man dann nicht vielleicht ganz bewußt ein Pseudoargument, und zwar einfach deshalb, weil es besser ankommt? Will man einfach mit „wissenschaftlichen“ Argumenten jene Lohn- und Preisentwicklungen vermeiden, die immer von neuem dazu gezwungen haben, einen Aufschwung abzubremsen? Man könnte darüber reden, ob es legitim ist, für die Vernunft zu plädieren, auch wenn die Kausalkette einige schwache Glieder hat. Besonders überzeugend haben dabei immer jene gewirkt, die die Schwächen selbst gar nicht kannten. Sie waren eben „right for the wrong reasons“. Bei dem hier zur Diskussion stehenden Konflikt aber versagt die Therapie. Werden die alten Spielregeln beibehalten, so ist mit zurückhaltender Lohnpolitik der Ausstieg aus dem Gewinn/Lohn-Zyklus logisch unmöglich.

Dies endlich führt uns zur zweiten Anmerkung. Künftige Investitionen mit Langzeitwirkung dürften solche mit *hohem Kapitalkoeffizienten* sein. Dies bedeutet: relativ geringe Wachstumsraten bei gegebenen Investitionsquoten, hohe Beschäftigung, weniger konsumierbares Sozialprodukt in naher Zukunft und Tendenz zu inflatorischen

Spannungen. Mehrere längere Epochen dieses Typs sind für verschiedene Länder im Industriezeitalter zu beobachten gewesen, ohne hier einem festen Zyklenschema a la Kondratieff das Wort reden zu wollen. Inflation und zunehmende Vermögenskonzentration sind nur vermeidbar, wenn eine *flankierende Vermögenspolitik* betrieben wird. Die Geldvermögensbildung muß *synchron* erfolgen. Weder kann nachträglich umverteilt werden, noch kann man Geldvermögen nach der Vorstellung älterer Konjunkturtheorien im voraus akkumulieren. Eine solche merkwürdige Vorstellung gibt es jetzt unter dem Einfluß der Versicherungsmathematiker, die mit dem Kapitaldeckungsverfahren argumentieren, auch in der Schweiz im Zusammenhang mit der Einführung obligatorischer Pensionskassen für alle Beschäftigten.<sup>9)</sup>

Auf Grund der schweizerischen Erfahrungen schließlich noch ein Wort zur Entwicklung der Sparquote der privaten Haushalte, auf die Mertens (S. 84) Bezug nimmt. Auch in der Schweiz ist der Rückgang der Konsumquote während der Krise als Sättigungsphänomen und als Anzeichen für eine sich anbahnende Rentiersmentalität interpretiert worden, wie *Keynes* dies während der Weltwirtschaftskrise getan hat. Vermutlich hat man sich diesmal ebenso getäuscht wie *Keynes* seinerzeit. Erstens war die Konsumquote keineswegs im *Friedman'schen* Sinne unvorhersehbar instabil, so daß jede auf die Nachfragesteuerung abzielende Stabilisierungspolitik zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Die drei Konjunkturprogramme des Bundes haben im Gegenteil recht gut funktioniert und eine schlimme Sparpolitik an anderer Stelle wenigstens teilweise kompensiert. Zum zweiten ist die Konsumquote nach Überwindung des Schocks ziemlich rasch wieder angestiegen. Mit dem Vordringen dauerhafter Konsumgüter verhalten sich die Haushalte einfach zunehmend wie investierende Unternehmer, die in unsicheren Zeiten die Ersatzinvestition etwas aufschieben.

## 5. Restliche Strategien

Zwei weitere, anläßlich der OECD-Konferenz diskutierte Strategien seien nur genannt, weil sie wenig Sympathie fanden. Es sind dies die „*marginal employment subsidies*“, die vor allem von schwedischer Seite propagiert wurden, und die unmittelbar zur Frage des Einflusses der Lohnhöhe auf die Beschäftigung führen, sowie die Vorstellung, der Staat solle Arbeitslose beschäftigen: der *Staat als „employer of the last resort“*, wie es in Paris treffend genannt wurde.

Über Subventionen für zusätzliche Arbeitsplätze läßt sich als Maßnahme in Krisenzeiten diskutieren. Es stellt sich nur die Frage der Effizienz. Die Gefahr besteht in der Perpetuierung über Krisenzeiten hinaus. Aus Subventionen in Notzeiten sind oft genug Dauersubventionen im Sinne eines „Besitzstandes“ geworden. Wir hätten dann mehrere „Landwirtschaften“.

Besonders gefährlich ist die Idee, auch in der Schweiz anzutreffen, diese Subventionen zu Lasten der Branchen mit gutem Gewinnpolster aufzubringen, also jene Gewinne wegzusteuern, aus denen Forschung und Investitionen in zukunftsträchtigen Zweigen finanziert werden, die Wachstum und Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sichern. Wie von Mertens für die Bundesrepublik hervorgehoben, haben Umfragen bei Unternehmen auch in der Schweiz ergeben, daß von kleineren Lohnsenkungen oder Subventionen keine fühlbaren Beschäftigungseffekte erwartet werden können. Was zählt, sind einzig

8) Man muß hinzufügen: er lebt bei seinem Denken noch im Zeitalter fester Wechselkurse. Davon wird im nächsten Abschnitt die Rede sein.

9) In der Schweiz sind alle Staatsbürger Mitglieder einer Basisversicherung, die im wesentlichen das Existenzminimum sichern soll. Sie funktioniert nach dem Umlageverfahren. Nur 40% der Beschäftigten gehören Pensionskassen an, die eine nach dem letzten Einkommen ausgerichtete Rente sichern. Eine abrupte Ausweitung würde zu einer Akkumulation von Finanzkapital führen, für die es keine Anlagemöglichkeiten gibt, jedenfalls nicht im Inland.

und allein die Auftragsbücher! Daß die Unternehmer nach außen dennoch die Wichtigkeit der Kostenstabilität betonen, ist verständlich.

Das Rezept des Staates als Auffangbecken für Arbeitslose hat viele Aspekte, von denen im Zusammenhang mit dem Thema einer besonders relevant ist. Tarifautonomie richtig verstanden, setzt die *Einheit von Macht und Verantwortung* voraus. Sonst gibt es für Forderungen keine Grenzen. Die Tarifautonomie kann nicht mehr funktionieren, wenn bei Lohnverhandlungen von vornherein die Gewähr besteht, für Arbeitslose werde der „Staat“ sorgen, der Staat also als ein anonymer Dritter im Spiele erscheint. Zur Tarifautonomie gehört die Solidarität mit denen, die keinen Arbeitsplatz finden. Mein Kontakt mit deutschen Gewerkschaften gab mir den Eindruck, daß dieses Solidaritätsbewußtsein in hohem Maße vorhanden ist. Auf die problematische Sonderstellung der öffentlich Bediensteten wurde bereits hingewiesen.

## 6. Die neue Welt flexibler Wechselkurse

Mertens (S. 79) spricht von einer „Kursillusion“. Wir sind im Zeitalter fester Wechselkurse aufgewachsen und haben in den Spielregeln dieses Systems denken gelernt. Es ist somit nicht verwunderlich, wenn es zuweilen schwerfällt, sich an die neuen Spielregeln zu gewöhnen. Höchstens mag es überraschen, daß gerade diejenigen dem Fehler am häufigsten verfallen, die sich am nachhaltigsten für die Abkehr vom alten System eingesetzt haben.

Noch immer werden Stücklohnkosten international verglichen. Der Vergleich stützt sich auf gegebene Wechselkurse. Aber dies entspricht nicht den Spielregeln, denn die Kurse sind nicht vorgegeben, sondern hängen ihrerseits von den relativen Stücklohnkosten ab und ändern sich mit diesen. Nur in dynamischer Argumentation, also unter Berücksichtigung der komplizierten Lag-Strukturen auf den internationalen Güter- und Finanzmärkten (beide haben sehr unterschiedliche Lags, und dies ist das Hauptproblem) hat der Vergleich noch einen Sinn. Aber gerade die Neoklassiker haben ansonsten eine Schwäche für statische Modelle und Gleichgewichte. Im statischen Modell hat der internationale Stücklohnkosten-Vergleich einen überzähligen Freiheitsgrad. Vergleichen kann man höchstens die *interne* Entwicklung der Stücklohnkosten mit der Preisentwicklung, um die Gewinnsituation abzuschätzen.

Wir gestehen die Sorge ein, die wir mit dem diesjährigen Expertengutachten in der Schweiz haben. Man hat sich an die Nullinflation gewöhnt und erfreut sich ihrer. Die Lohnforderungen sind minimal bis Null. Zahlt sich diese Stabilität auch aus? Die OECD rechnet im diesjährigen Länderbericht über die Schweiz mit einer Wechselkurselastizität zwischen 1,1 und 1,4. Wenn die relativen Kosten („relativ“ heißt im Vergleich zu den Haupthandelspartnern) in der Schweiz um 1 % abnehmen, wertet sich der Franken um die entsprechend höheren Raten auf.<sup>10)</sup> Diese Formel kann nur eine erste Annäherung sein, denn nach ihr müßte sich im Sinne einer Einbahnstraße der Wechselkurs immer weiter von der echten Kaufkraftparität entfernen, vergleichbar mit der Wegentwicklung der Aktienkurse vom Inneren Wert bis zum großen Zusammenbruch in den frühen 60er Jahren.

10) OECD Economic Surveys: Switzerland. OECD, Paris 1978, S. 32.

11) Eröffnungsreferat zur Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik 1978, zum Druck vorbereitet.

Die Realität ist leider viel komplizierter. Es lassen sich deutliche Anpassungszyklen mit ziemlich langer Schwingungsdauer beobachten. Noch ist die empirische Basis so schmal, daß vorerst nur mit Vorsicht auf ein bestimmtes Verlaufsmuster geschlossen werden darf. Die Kenntnis und Voraussehbarkeit der Zyklen ist für die Schweiz von vitalem Interesse, und an verschiedenen Stellen wird an der Erforschung gearbeitet. Die vorläufige Ungewißheit mag für die von Mertens vorgeschlagene Denkpause sprechen. Die empirische Studie von Ch. Koellreuter (in diesem Heft) versucht vorläufige Antworten. Jedenfalls besteht nicht nur die konkrete Möglichkeit, daß Lohnzurückhaltung durch die Aufwertungseffekte voll kompensiert würde, es besteht – zumindest temporär – sogar die *Gefahr eines over-shooting*.

Feste Wechselkurse wirkten für Länder mit relativ schwachem Kostenanstieg wie ein gigantischer Schutzzoll. Mertens (S. 85) ist zuzustimmen, wenn der Aufruf zur Mäßigung als eine Politik verstanden werden kann, bestimmte heimische Strukturen auf jeden Fall zu erhalten. Dies war das Interessante bei der Konferenz in Paris: jedes einzelne Land ist bestrebt, durch Produktivitätssteigerung und Kostendisziplin die Exporte zu erhöhen und damit Arbeitslosigkeit abzubauen. Sitzen alle an einem Tisch, so müssen sie erkennen, daß sie im Zwange eines Nullsummen-Spiels stehen. Auch „Kostendisziplin“ kann also beggar-my-neighbour-Politik beinhalten.

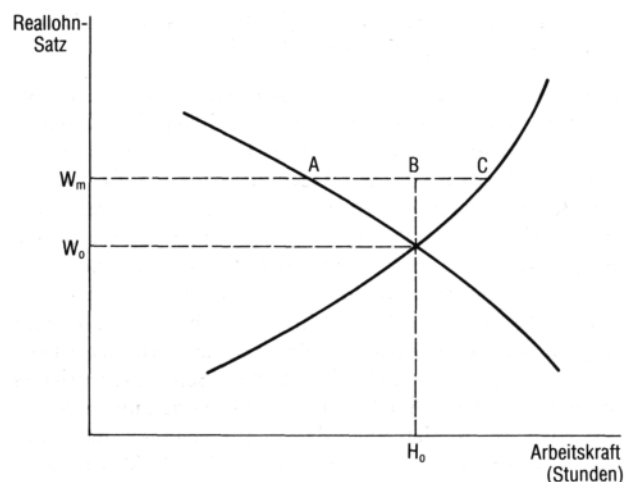
## 7. Zur neoklassischen Argumentation

Einem möglichen Mißverständnis sei vorgebeugt, wenn die Bemerkung vorangestellt wird, daß jegliche Kritik an neoklassisch abgestützten lohnpolitischen Empfehlungen nicht als Kritik an der neoklassischen Theorie an sich aufgefaßt werden sollte. Sie ist leistungsfähig wie eh und je, wenn man sich ihrer Voraussetzungen und damit ihrer Grenzen bewußt ist. Ich teile auch nicht den Pessimismus von Galbraith, daß die für uns noch grundlegenden Theorien für eine Welt geschaffen seien, die ganz oder zum Teil zu existieren aufgehört hat.<sup>11)</sup> Wie bereits eingangs bemerkt, scheint mir eine wesentliche Konfusion dadurch hervorgerufen zu sein, daß Partial- und Totalbetrachtungen heillos durcheinander laufen.

### (a) Partialbetrachtung

Die folgende Grafik ist, „normale“ Reaktion des Arbeitsangebots vorausgesetzt, die bekannte Grundlage neoklas-

Abb. 1



sischer Argumentation. Es soll sich um einen Teilmarkt handeln, genügend klein, um die Kreislaufwirkungen vernachlässigen zu können: Variationen der Lohnsumme, ausgelöst durch Bewegungen entlang der Angebotskurve, haben zufolge der Größenordnungen keine Rückwirkungen auf die Nachfrage nach Arbeit.

Man beachte, daß auf der Ordinate der *Reallohn* abgetragen ist. Damit beginnen die ersten Mißverständnisse. Man spricht vom „Lohn“, ohne zu präzisieren, ob der Nominal- oder Reallohnsatz gemeint ist, was zur Folge hat, daß einfach aneinander vorbeigeredet wird. Gegenstand der Lohnverhandlungen ist primär der Nominallohnsatz. Entsprechend unserer Voraussetzung eines kleinen Teilmarktes kann ohne Bedenken vom Nominal- auf den Reallohn geschlossen werden, weil das Preisniveau der Volkswirtschaft praktisch unbeeinflusst bleibt. Für eine Totalbetrachtung ist dies unzulässig, und Mertens kritisiert zu Recht verschiedentlich anzutreffende, primitive Überwälzungs-, Kalkulations- und damit Marktformtheorien, die implizite zugrunde liegen.

Unsere Grafik veranschaulicht einen Freisetzungseffekt, ausgelöst durch einen Reallohnsatz, der über dem Gleichgewichtswert  $w_0$  liegt. Die Produktion wird eingeschränkt, die Nachfrage nach Arbeitskraft geht auf diesem Markt zurück, Produktionskapazitäten bleiben ungenutzt. Der nächste und entscheidende Schritt in der neoklassischen Argumentation ist die Substitution. Konstante Kapitalkosten vorausgesetzt, hat sich das Faktorpreisverhältnis verändert. Arbeitskraft wird durch Maschinen ersetzt; das Ergebnis hängt ab von der Gestalt der Isoquante, ausgedrückt durch die bekannte Substitutionselastizität. Der Prozeß wird noch komplizierter, wenn zur Substitution der technische Fortschritt tritt, d. h. das Isoquantenschema sich verschiebt. Der Fortschritt kann seinerseits durch veränderte Faktorpreisrelationen ausgelöst sein (v. Weizsäcker-Kennedy-Typ).

Auf globale Beschäftigungseffekte kann aus dieser Betrachtung offensichtlich nicht geschlossen werden, denn zunächst einmal findet nur eine Verlagerung zur Kapitalgüterindustrie statt. Es kann zu großen Härten für ganze Branchen und Regionen kommen, doch ist es durchaus möglich, daß die Gesamtbeschäftigung kurz- und mittelfristig zunächst einmal zunimmt, weil neue Technologien große Investitionen mit langer Lebensdauer erfordern. In einem kleinen Land wie der Schweiz taucht sofort die Frage auf, ob die Bilanz nicht doch negativ für die Beschäftigung abschließt, weil die neuen Maschinen möglicherweise importiert werden müssen. Aber auch dies wäre in zu kurzen Kausalketten gedacht, denn zusätzliche Importe entlasten an der Wechselkursfront und fördern damit Exportchancen gesamthaft.

Es war erstaunlich, in welchem Ausmaß die partialanalytische neoklassische Argumentation bei der OECD-Konferenz präsent gewesen ist. Verschiedene Papers haben sich ausschließlich mit der Angebotskurve befaßt, die bei den Betrachtungen oft zu kurz kommt. Durch den nicht marktkonformen Lohnsatz  $w_m$  werden ja nicht nur bislang Beschäftigte im Ausmaß A-B arbeitslos, sondern es erscheint, hervorgehoben durch den höheren Verdienst, das zusätzliche Angebot B-C. Wir treten hier nicht darauf ein. Besonders anregend – für manche auch herausfordernd – war ein von holländischer Seite präsentiertes Modell, das der offiziellen Beratertätigkeit zugrunde gelegt wird. Im Modell wird davon ausgegangen, daß Substitution nur ex ante möglich, d. h. daß jede Maschine an

eine fest vorgegebene Kapitalintensität gebunden ist, diese also nur mit der Einführung neuer Maschinen allmählich variiert werden kann (clay-clay-Ansatz). Würde dieses Modell die Realität richtig abbilden, was sogar von anderen holländischen Vertretern bezweifelt wurde, so wäre die oft beobachtete, relativ geringe Elastizität der Nachfrage nach Arbeit in bezug auf Änderungen der Zins/Lohn-Relation plausibel erklärt.

Wohl prominentestes Beispiel einer partiellen Freisetzung in verschiedenen Ländern ist das grafische Gewerbe. Man muß jedoch stets die Frage stellen, ob bestimmte Prozesse technologischer Wandlungen ohnehin und unaufhaltsam im Gange waren und durch harte Lohnforderungen nur beschleunigt wurden, oder ob der hohe Reallohn die eigentliche Ursache für die Entwicklung neuer Technologien gewesen ist. Für die schweizerische Uhrenindustrie ist die Antwort völlig eindeutig: die elektronische Uhr wäre – weil überlegen und als „Abfallprodukt“ anderer Entwicklungen entstanden – so oder so gekommen. Überwiegend wird diese These auch für die neuen Composersatzverfahren vertreten, die weit mehr Vorteile als nur denjenigen niedrigerer Lohnkosten bieten.

Diese Überlegungen leiten über zu der Frage, ob es realistisch ist anzunehmen, Substitutionsprozesse könnten sich, falls die Faktorpreisrelationen sich entsprechend ändern, auch in umgekehrter Richtung vollziehen, also von kapitalintensiven zurück zu arbeitsintensiven Fertigungsverfahren. Historisch lassen sich praktisch nur Wanderungen auf der Isoquante im Sinne einer Einbahnstraße, d. h. in Richtung zur Kapitalachse, beobachten. Wir haben keine Evidenz und wissen nur, daß Vorsicht geboten ist, bestimmte Entwicklungen als reversibel zu betrachten. Auch die Rückkehr zu „einfacheren“ Produktionsmethoden kann schwierige Lernprozesse voraussetzen, wenn die Verfahren bereits in Vergessenheit geraten sind.

Schließlich sei der *statische Charakter* der bisherigen Überlegungen ins Gedächtnis gerufen. Normal verlaufende Angebots- und Nachfragekurven führen zu stabilen Gleichgewichten, aber eben nur bei statischer Betrachtung, d. h. unter der Voraussetzung kurzer Reaktionsperioden. Das bekannte cob-web-Modell zeigt, daß Anpassungsverzögerungen zu Schwingungen und — bei spezifischer Gestalt der Kurven — sogar zu labilen Gleichgewichten führen können. Argumentiert man mit neoklassischen Schemata politisch, so bedeutet dies, daß selbst bei der Existenz stabiler Gleichgewichte im Endzustand die Anpassungsschwingungen die Toleranzgrenzen weit überschreiten können. Wir schließen mit der Bemerkung, daß manche Rationalisierungsprozesse, geplant und in Gang gesetzt im Zeichen knapper Arbeit und hoher Arbeitskosten, auch unter veränderten Konstellationen eine Zeit lang weiterlaufen, weil sie so schnell gar nicht abzubremsen sind.

Das Partialmodell erweitert sich um eine wesentliche Dimension, wenn das Zusammenspiel mehrerer Teilmärkte analysiert wird. Hier liegt die eigentliche Stärke des neoklassischen Ansatzes. Als wohl wichtigstes Problem stellen wir die Frage, welche Konsequenzen die heutige *Tendenz zur Einebnung der Lohndifferentiale* hat. Der Begriff der *Mindestlohnarbeitslosigkeit* taucht immer häufiger auf und wird z. T. heftig kritisiert. Glücklicherweise ist er sicher nicht, und er trifft wohl nicht das Wesentliche. Es geht nicht nur um die Anhebung von Minimallohnen, sondern um Nivellierung ganz generell.



Auf der empirischen Seite weist Mertens (S. 76) darauf hin, daß es eine nennenswerte Nachfrage nach Arbeitskraft zu geringen Löhnen in der Bundesrepublik nicht gebe. In der Schweiz ist die Lage völlig anders, in erster Linie wegen der schon seit 1963 äußerst restriktiven Gastarbeiterpolitik. Gastgewerbe und Textilindustrie verlangen dringend eine Lockerung der Bestimmungen, und für die Bauwirtschaft würde das gleiche gelten, sobald ein neuer Nachfragestoß käme.

Nehmen wir den Extremfall des Einheitslohnes als Modellbeispiel. Drei Extremvarianten lassen sich konstruieren. Nach dem neoklassischen Lehrbuch sollte es zu einem Ausgleich der Grenzprodukte über alle Branchen und Betriebe kommen. Dies ist höchst unwahrscheinlich und in einer dynamischen Wirtschaft kaum vorstellbar. Zum zweiten könnte der Einheitslohn so niedrig angesetzt werden, daß alle Arbeitssuchenden Beschäftigung finden. Bei Fortbestehen eines Produktivitätsgefälles würden jenseits der Marginalbetriebe gewaltige Differentialrenten entstehen. Wird drittens der Einheitslohn hochgeschraubt, um die Differentialrenten auszusaugen, so entsteht Arbeitslosigkeit. Bislang ist vorwiegend der trade-off zwischen Effizienz und Egalität in den Vordergrund gestellt worden. Dabei darf der andere mögliche Konflikt, nämlich zwischen Vollbeschäftigung und egalitären Zielen nicht übersehen werden. Effizienz, Egalität und Vollbeschäftigung: ein neues „Magisches Dreieck“? Damit stellt sich auch ein intertemporäres trade-off-Problem. Mehr Egalität heute könnte weniger Wohlstand morgen bedeuten.<sup>12)</sup>

#### (b) Globale Aspekte

Bei der Analyse der Beschäftigungswirkungen einer Umverteilungspolitik hat P. v. d. Lippe die komplizierten Kausalketten und zu machenden Hypothesen aufgezeigt, sobald das Zusammensein aller Märkte in einer offenen Wirtschaft zur Diskussion steht.<sup>13)</sup> Wir begnügen uns mit wenigen Bemerkungen, die sich mehr auf die Grenzen als die Möglichkeiten der neoklassischen Analyse beziehen und einige Mißverständnisse ausräumen sollen. Stichwortartig seien Hauptthesen in Augenschein genommen.

„Wenn die Gewerkschaften eine exzessiv hohe Lohnquote anstreben, so daß keine Manövriermasse für ausreichende Investitionen verbleibt, wird das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt und Arbeitslosigkeit hervorgerufen.“ Diese Aussage ist trivial. Aber Lohnquoten sind nicht Gegenstand von Lohnverhandlungen, welches auch immer die proklamierten Ziele der Gewerkschaften sein mögen. Mertens kritisiert zu Recht, daß der ganze komplizierte Prozeß der Lohnbildung, die Dauer der Tarifverträge, die Entwicklung der Lohndrift und das Funktionieren der Märkte, d. h. die Reaktion der Preise auf Lohnsatzänderungen, außer Betracht bleiben. Genau dies ist die Schwäche des statischen Modells.

Dagegen die These der Gewerkschaften: „Hohe Gewinne sind unnötig, weil sie nur zu Investitionen führen, die

12) Die Schweiz hatte von allen Industrieländern während der letzten Krise den größten relativen Produktionseinbruch zu verzeichnen. Daß keine nennenswerte Arbeitslosigkeit entstanden ist, liegt gewiß überwiegend an der Rückwanderung von Gastarbeitern in großer Zahl, daneben aber auch an der noch immer gegebenen recht großen Flexibilität der relativen Löhne.

13) von der Lippe, P., Beschäftigungswirkung durch Umverteilung?, in: WSI-Mitteilungen, 30. Jg. (1977).

14) Harrod, R., Towards a Dynamic Economic. London 1973.

15) Rothschild, K. W., Arbeitslose: gibt's die?, KYKLOS, Vol. 31, 1978, S. 21—35.

erneut Arbeitskraft freisetzen“. Wir treten nicht auf die Maschinensturm-Mentalität ein, die in jeder größeren Krise wiederkehrt und mit deren Überwindung auch wieder verschwindet. Die Unlogik liegt darin, daß der mit dieser These gerechtfertigte hohe Reallohn weitere Rationalisierungen erst recht erzwingt, insbesondere im Hinblick auf die internationale Konkurrenzfähigkeit.

Ich sprach von E. Schneiders Verbot, aus unserer Grafik — zugeschnitten auf einen Einzelmarkt — im Sinne komparativer Statik Schlüsse über gesamtwirtschaftliche Abläufe herzuleiten. Zur Genüge bekannt sind die Kreislaufwirkungen von Lohnänderungen, die nicht einfach mit dem Argument beiseite gewischt werden können, der Kosteneffekt spiele sofort, der Ausgabeneffekt sei unbestimmt und komme jedenfalls erst sehr viel später. Hinter der Nachfragekurve nach Arbeit liegt aber auch eine bestimmte Produktionsfunktion verborgen. Führen Reallohnvariationen zu Substitutionsprozessen und/oder technischem Fortschritt, und gerade dies wird ja behauptet, so *ändert sich die Gestalt der Kurve*.

Der neoklassische Vollbeschäftigungsautomatismus setzt voraus, daß

- (i) die Preise der Produktionsfaktoren die wirkliche Knappheitssituation widerspiegeln, d. h. auf vollkommenen Märkten in beiden Richtungen frei beweglich sind,
- (ii) der Substitutionsprozeß dem Modell entsprechend spielt.

(ii) ist sowohl eine Frage der Technologie (ex-post-Substitution erschwert die Anpassung wesentlich) als auch des unternehmerischen Verhaltens. Harrod betonte in der Neuauflage seines grundlegenden Buches, daß sich sein Stabilitätspessimismus nicht auf technologische Erwägungen stütze, sondern auf die Tatsache, daß der Zins für die Entscheide des Unternehmers eine viel zu geringe Rolle spiele.<sup>14)</sup> Wir schnitten abschließend ein schwieriges Problem nur an, um deutlich zu machen, daß jede Kritik am neoklassischen Ansatz einer Präzision, einer Lokalisierung, bedarf.

## 8. Schlußbemerkungen

J. M. Keynes kam zu dem Schluß, daß *Lohnsenkungen* ungeeignet seien, Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Niemals hat er *Lohnerhöhungen* zu diesem Zwecke empfohlen, und es bleibt unerfindlich, weshalb eine solche Politik heute zuweilen als „keynesianisch“ bezeichnet wird. Für Keynes waren die Auswirkungen von Lohnsatzvariationen auf die Beschäftigung einfach zu ungewiß. Offenbar sind wir seitdem nicht sehr viel klüger geworden. Können wir uns aber die von Mertens vorgeschlagene Denkpause leisten? Für wirtschaftspolitisches Handeln im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sicher nicht. Das hat Mertens gewiß auch nicht gemeint. Sind lohnpolitische Experimente gemeint, die sich auf ungesicherte Theorien stützen, so muß man ihm zustimmen. Schließen wir mit einer Bemerkung von K. Rothschild zur Theorie vereinfachter Abstraktionen des Gleichgewichts und des „rationalen“ Verhaltens der wirtschaftlich Handelnden: „Gefährlich und erkenntnishemmend wird ein solches Theoriegebäude, wenn das Denken in seinen Kategorien den Zugang zur Wirklichkeit verstellt und alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, diese in das Schema der Theorie hineinzuzwängen. Gerade dies scheint mir für die „neue“ mikroökonomische Theorie der Arbeitslosigkeit charakteristisch zu sein.“<sup>15)</sup>